

FAKTENBLATT: KLIMAPOLITIK

die wirtschaft engagiert sich für aktiven klimaschutz

Das CO₂-Gesetz ist für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls in der Schweiz massgebend. Es muss, wie auch das Kyoto-Protokoll, für die bis 2020 dauernde Periode bis zum 1. Januar 2013 neu ausgehandelt werden. Dabei sind Machbarkeit und Praxisnähe entscheidend. Denn ohne die Leistungen der Wirtschaft sind die Ziele der Schweizer Klimapolitik zum Scheitern verurteilt. Die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll können ohne die Wirtschaft nicht eingehalten werden.

- ▶ Die Schweizer Wirtschaft setzt in der Klimapolitik auf freiwillige Massnahmen und hat grossen Erfolg damit. Diesen Weg gilt es auch in Zukunft zu gehen.
- ▶ Der ausgewogene Mix an Inland- und Auslandmassnahmen ermöglicht einen wirksamen und kosteneffizienten Klimaschutz. Damit profiliert sich die Schweiz international.
- ▶ Überbordende Bürokratie und ausufernde Staatseingriffe schaden der Klimapolitik.

KLIMASCHUTZ IST IM IN- UND AUSLAND POPULÄR

Für globale Probleme braucht es globale Lösungen. An der Weltklimakonferenz in Cancún wurde zwar die Beschränkung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius bis 2100 als gemeinsame Grundlage festgelegt. Dennoch fehlt nach wie vor ein internationaler Rechtsrahmen.

Internationale Klimakonferenz und nationale Anliegen

Auf internationaler Ebene wird die Klimapolitik weiter ausgehandelt. Jährlich treffen sich mehr als 190 Staaten zu den von der UNO organisierten Klimagipfeln und zu weiteren Zwischenkonferenzen. Nach dem schwierigen Gipfel in Kopenhagen 2009 geschieht dies vorsichtig und in kleinen Schritten wie anlässlich der letzten Konferenz in Cancún im Dezember 2010.

In der Schweiz berät das Parlament seit 2010 die Revision des bestehenden CO₂-Gesetzes. Das revidierte Gesetz ist als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» der Umweltorganisationen konzipiert. Es soll die von der Schweiz zu übernehmenden Verpflichtungen zum Schutz des Klimas definieren.

Kyoto-Protokoll gibt Rahmen vor

Das 1997 beschlossene und von der internationalen Staatengemeinschaft 2005 in Kraft gesetzte Kyoto-Protokoll verpflichtet die Schweiz, die Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2012 um acht Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Die Schweiz wird diese Verpflichtung voraussichtlich einhalten. Dabei stützt sie sich auf Massnahmen zur Verminderung der inländischen Emissionen sowie auf diverse Einzelprojekte in Entwicklungsländern.

KURZ ERKLÄRT

KYOTO-PROTOKOLL

Das Kyoto-Protokoll (benannt nach dem Ort der Konferenz Kyōto in Japan) ist ein 1997 beschlossenes Zusatzprotokoll der Vereinten Nationen (UNFCCC). Das 2005 in Kraft getretene und 2012 auslaufende Abkommen legt erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoss von Treibhausgasen in den Industrieländern fest, die die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind.

In den letzten Jahren hat der Treibhausgasausstoss der Schwellenländer immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der Länder, die sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu einer Eindämmung verpflichtet haben, beträgt mittlerweile nur noch 27 Prozent. Der Beitrag der Schweiz beträgt lediglich etwa ein Promille der globalen Treibhausgasemissionen. Damit die ambitionierten Ziele zur Begrenzung einer weiteren Erwärmung der Atmosphäre erreicht werden können, ist auch in Zukunft ein Mix von Massnahmen im In- und Ausland nötig.

ERFOLGREICHE CO₂-SENKUNG DANK DER WIRTSCHAFT

Vier Millionen Tonnen CO₂ wurden jährlich dank der Wirtschaft reduziert.

Freiwillige Massnahmen haben Erfolg

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) hat mit über 2000 Unternehmen den jährlichen CO₂-Ausstoss aus der Nutzung von Brennstoffen (Heizöl, Erdgas) um mehr als 700'000 Tonnen gesenkt. Ausserdem hat der Branchenverband der schweizerischen Zementindustrie Cemsuisse mit dem Bund eine Vereinbarung zur jährlichen Reduktion des Ausstosses, ebenfalls in Höhe von 700'000 Tonnen CO₂, abgeschlossen. Weitere 300'000 Tonnen CO₂ wurden ausserhalb der Verpflichtungen der EnAW durch die Stiftung Klimarappen (SKR) kompensiert. Die SKR ihrerseits hat mit einem umfassenden Programm den Ausstoss im Ausland um zwei Millionen Tonnen CO₂ gesenkt.

ÜBERBLICK

Massnahmen der Wirtschaft zur CO₂-Reduktion.

In- und Auslandprogramm

Mio. t CO ₂ /Jahr Stand 2009, gerundet	Massnahmen Inland	Massnahmen Ausland
zugunsten Brennstoffe	EnAW: - 0.7 Cemsuisse: - 0.7	
zugunsten Treibstoffe	EnAW an SKR: - 0.3 SKR Inland: - 0.3	Stiftung Klimarappen (SKR): - 2.0
Total	Massnahmenwirkung Brennstoffe: - 2.0	Zertifikate: - 2.0

Quelle: eigene Darstellung

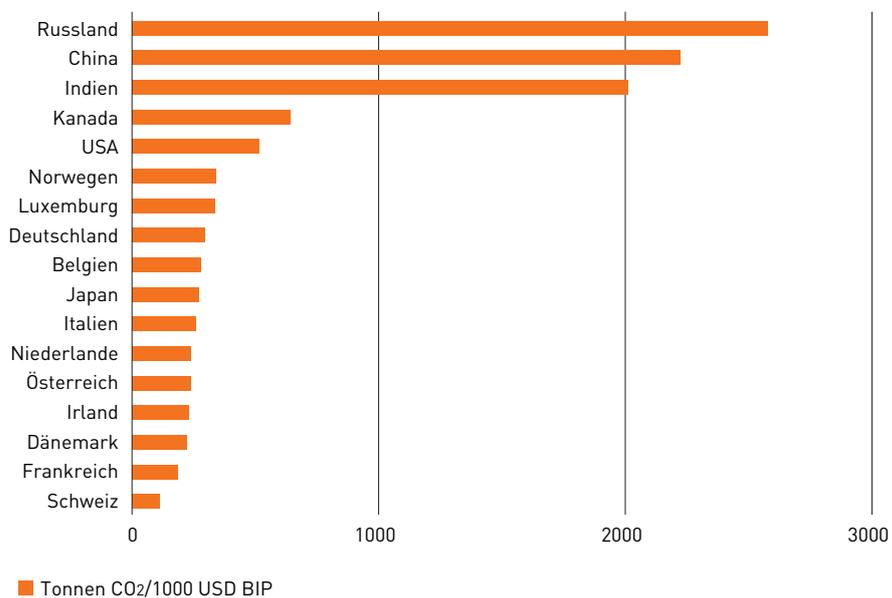
Tiefer CO₂-Ausstoss in der Schweiz

Die Schweiz weist einen geringen CO₂-Ausstoss pro Einwohner aus. Im Gegensatz zu den meisten Industrieländern liegen die Senkungspotenziale der Schweiz heute zu je etwa 40 Prozent im Bereich Gebäude und Verkehr. Da wir keine Kohle- oder Gaskraftwerke betreiben, ist der Anteil der Stromerzeugung an den Treibhausgasen mit etwa 2,5 Prozent sehr gering. Die Schweiz hat deshalb mit den bisherigen Massnahmen im Brenn- und Treibstoffbereich die wichtigsten Potenziale in Angriff genommen.

VORBILDLICH

Geringster CO₂-Ausstoss
innerhalb der OECD-Länder.

CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit



Quelle: OECD 2009

BÜROKRATISIERUNG SCHADET DEM KLIMASCHUTZ

Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» mit unrealistischen Zielen

Bei einer Annahme der Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» würde sich die Schweiz vom bisher erfolgreichen Weg der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den freiwilligen Zielvereinbarungen verabschieden. An deren Stelle träte eine lange Reihe neuer Vorschriften mit Einschränkungen für jeden Einzelnen und die Wirtschaft. Mit unrealistisch hohen Zielsetzungen würde Druck auf allen Stufen des Staates und der Gesellschaft ausgeübt. Dies würde zu mehr Umverteilung und zu einer Subventionswirtschaft führen. Die volkswirtschaftliche Effizienz sänke. Zudem bestünde die Gefahr, dass einzelne Branchen künstlich aufgebläht würden.



1,5 Millionen

**Personenwagen müssten
in den nächsten acht Jahren
durch Elektrofahrzeuge
ersetzt werden.**

Die Volksinitiative fordert unter anderem eine Verminderung des Treibhausgasausstosses um 30 Prozent bis 2020 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Konkret würde dies bedeuten, dass im Zeitraum von 2013 bis 2020 jedes vierte Gebäude in der Schweiz saniert werden müsste und fortan kein CO₂ mehr ausstossen dürfte. Für eine solche Umrüstung stehen in absehbarer Zeit weder die erforderlichen Fachkräfte noch die Kapazitäten in der Baubranche zur Verfügung. Im Strassenverkehr müsste jedes dritte Auto durch ein Elektromobil ersetzt werden. Ausgehend vom heutigen Bestand von vier Millionen Fahrzeugen, entspricht dies 1,5 Millionen Personenwagen. Einigermassen kostengünstige Elektroautos sind heute nicht genügend verfügbar. Zudem ist der im Gebäude- und im Fahrzeugbereich dadurch nötige zusätzliche Strombedarf nicht gedeckt. Die gleichen Kreise, die die Initiative «Für ein gesundes Klima» unterstützen, sind gegen AKWs und verhindern dadurch die Stromerzeugung aus klimaschonenden Energien.

Hohe Folgekosten sind programmiert

Die von der Volksinitiative geforderten Umsetzungsmassnahmen im Inland sind mit bedeutenden Folgekosten verbunden. Da der Ausstoss pro Einwohner in der Schweiz bereits rund halb so tief ist wie im Durchschnitt der EU, sind weitere Verminderungen im Inland wesentlich kostspieliger und konzentrieren sich hauptsächlich auf die Gebäude und die Mobilität. Bei den Gebäuden sind die Kosten besonders hoch, wenn Sanierungen ausserhalb der geplanten Erneuerungszyklen erfolgen. Es drohen zudem viele kostspielige Vorschriften und bürokratische Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft, die dem Klimaschutz nur wenig bringen. Reine Inlandmassnahmen lehnen wir deshalb ab.

DIE WIRTSCHAFT IST DIE LÖSUNG

Der bewährte Mix aus freiwilligen Massnahmen in in- und ausländischen Klimaschutzprojekten ist beizubehalten und auszubauen.

Den erfolgreichen Weg der Wirtschaft weitergehen

Die Schweizer Wirtschaft hat in den letzten Jahren mit konkreten Beispielen bewiesen, dass sie die Herausforderungen im Kampf gegen die Klimaerwärmung anpackt und erfolgreich umsetzt. Die Ziele der Schweizer Klimapolitik sind ehrgeizig, aber erreichbar. Dank der Anstrengungen der Wirtschaft wird die Schweiz ihre im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen bis 2012 einhalten. Mithilfe der Wirtschaft wird die Schweiz auch weitergehende Ziele für 2020 erfüllen.

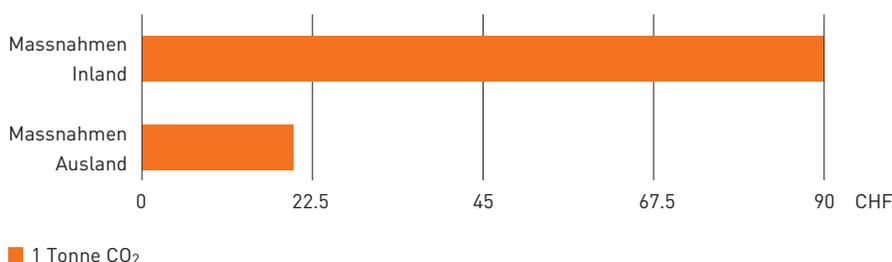
Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze

- Der Klimawandel ist eine Herausforderung, die den Unternehmen auch die Chance bietet, mit neuen Technologien und effizienteren Produktionsverfahren in zukünftigen Märkten Fuss zu fassen. Damit profiliert sich die Schweiz im In- und Ausland.
- Grundlage für den Erfolg müssen flexible Massnahmen im In- und Ausland bilden. So kann ein optimaler Effekt aus volkswirtschaftlicher und ökologischer Perspektive erzielt werden.

FAZIT

Mit den gleichen Mitteln kann eine drei- bis fünffach grössere Wirkung der Emissionssenkung erzielt werden.

Kosten zur Reduktion einer Tonne CO₂ (CHF)



Quelle: eigene Darstellung

Schweizer Unternehmen sind sehr aktiv in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen im Kampf gegen den Klimawandel.

Praxisnähe und Machbarkeit

- Die Schweiz kann eine erfolgreiche Klimapolitik vorweisen. Praxisnähe und Engagement der Unternehmen garantieren auch in Zukunft die besten Massnahmen im Klimaschutz.
- Damit die Schweiz auch weiterhin international zu den besten Ländern im Klimaschutz zählen kann, muss sie sich an realistischen Zielen orientieren. Die Rahmenbedingungen für machbare Massnahmen im In- und Ausland müssen stimmen.

INFOS UND AUSKÜNFTTE

Dossiers und Links

→ www.economiesuisse.ch/energie-umwelt



Ihr Ansprechpartner bei economiesuisse

Urs Näf
Stv. Leiter Infrastruktur, Energie & Umwelt
urs.naef@economiesuisse.ch